



Die Perspektiven für Europa

NOTARENTAGE. Die Europäischen Notarentage 2018 diskutierten Stand und Ausblick der Europäischen Union – Notare als Säule des Verbraucherschutzes im Zeichen der Digitalisierung. Claus Reitan

Europe is Back“ – das ist der Titel der aktuellen Publikation des European Political Strategy Center und die Parole, unter der Franz Fischler in Salzburg zum Auftakt der Notarentage sprach.

„Einiges spricht für diese These“, sagte Fischler, Mitglied der Europäischen Kommission in den abwechslungsreichen Jahren von 1995-2004. Die Wachstumsraten hätten das Niveau der Zeit vor der Finanzkrise erreicht, die Arbeitslosigkeit würde auch unter Jugendlichen etwas zurückgehen und inzwischen seien drei Viertel der Österreicher dafür, das Land solle in der EU bleiben. Vor zwei Jahren lag dieser Wert noch unter zwei Dritteln: „Europa geht aus jeder Krise gestärkt hervor. Aber wir müssen uns mehr mit der Zukunft befassen.“

NEUE KOOPERATION VON POLITIK UND WISSENSCHAFT

Fischlers Befund war eindeutig: Im Kampf gegen den Klimawandel wurden die gesetzten Ziele bisher nicht erreicht, die Digitalisierung beschäftigt Politik und Wirtschaft, in Afrika

würden zahlreiche Personen auf die Möglichkeit zur Migration warten – und Europa sei ein alternder Kontinent, dessen Anteil an der Weltwirtschaft ständig zurückgehe.

Fischlers Rezept zur Gestaltung der Zukunft: Keines der vorliegenden Probleme sei allein national lösbar, das mache Europa unverzichtbar. Die Verwaltung und die Forschung müssten ihr Denken in Disziplinen überwinden, sie müssten „raus aus den Silos“, hin zu Inter- und zu Transdisziplinarität: „Politik und Wissenschaft müssen neue Formen entwickeln, gemeinsam Lösungen zu finden.“

EIN KRITISCHER BLICK AUF UNSCHARFE BEGRIFFE

Eine Abrechnung mit der Unschärfe und Ungenauigkeit in der Verwendung der Begriffe nahm der Schriftsteller Robert Menasse vor. Bereits im Titel des Auftakts – Friede, Wachstum, Sicherheit in Europa – fänden sich „große Begriffe“, die samt und sonders „recht und richtig sind“ und „gegen die keiner ist“, aber: Was bedeuten sie, genau betrachtet? Wie

lässt sich in Europa von Frieden sprechen, während andernorts Stellvertreterkriege geführt werden? Was bedeutet Wachstum, etwa Aufbau nach einer Zerstörung? Und wem gilt die Sicherheit, etwa den Investitionen?

Eine weitere Abrechnung nahm Menasse dann noch mit dem Begriff des Nettozahlers vor: Dieser wurde erst durch und unter Englands Premierministerin Thatcher eingeführt und sei ein anti-europäisches Vokabel, das sich von der Parole „I want my money back“ bis zum Brexit-Plebiszit durchziehe. Als „Unsinn“ bezeichnete Menasse das Wort von den Vereinigten Staaten von Europa. Die EU sei „das genaue Gegenteil“ der USA, nämlich nicht wie diese von Gewalt geprägt, sondern von Freiwilligkeit und den Menschenrechten.

WAS WOLLEN DIE MITGLIEDER WIRKLICH?

Es war dann der Demograf und Berater von EU-Kommissionspräsident Juncker, Rainer Münz, der – stellvertretend für Brüssel – einige kritische Fragen an die Mitgliedsstaaten stell-

te: Sie sollten sagen, was sie denn wünschten und erklären, welche der Kompetenzen sie gerne wieder hätten. Wo solle denn das Geld eingespart werden? Und zwar bei einem Anteil der Verwaltungskosten von lediglich 5,9 % des Etats und bei 35.000 Beamten, was eine geringere Anzahl sei als etwa jene in Wien oder in Niederösterreich?

In der Migrationspolitik, so Münz, habe die gemeinsame Politik versagt: So würden in Belgien rund 70 % der syrischen Flüchtlinge Asylstatus erhalten, in Polen hingegen nur 3 %. Münz: „Für Flüchtlinge geht es also nicht darum, wo sie herkommen, sondern wo sie landen.“ Aber die Mitgliedstaaten wollten bei Asyl weder Zuständigkeiten an Brüssel abtreten noch eine gemeinsame Linie – European Conduct – entwickeln.

ZUWANDERUNG ODER SCHRUMPFEN DER EU

Europa sei jedenfalls ein alternder, in der Einwohnerzahl rückläufiger Kontinent. Diese Entwicklung sei nur durch Zuwanderung zu stoppen oder man müsse sich auf das Schrumpfen einlassen, wie Japan, das sich entschlossen hat, „lieber zu schrumpfen als Arbeitsmigration zuzulassen“. Der Preis dafür bestehe allerdings darin, länger zu arbeiten oder mehr in die Sozialsysteme einzuzahlen und weniger daraus zu erhalten: „Genau vor dieser Wahl stehen wir. Aber vor dem Hintergrund von 1,5 Millionen Flüchtlingen im Jahr 2015 ist das Thema toxisch geworden.“ Und wie sieht die Lage gegenwärtig aus? Münz: „Unter den Mitgliedstaaten herrscht eine positive Konkurrenz um attraktive Arbeitsmigration und eine negative Konkurrenz um Asylwerber. Hier hat Europa versagt, aber nicht die Kommission.“

MEHR ENGAGEMENT IN DER DIGITALISIERUNG

Ein starkes und deutliches Votum für einen digitalen europäischen Binnenmarkt beziehungsweise dessen Digitalisierung brachte Irmfried Schwimann mit ihrer Keynote in die Debatte ein. Der „digitale Markt“ in Europa bestehe zu 42 % aus nationalen Diensten, zu weiteren 54 % aus



Eröffnung: Ludwig Bittner (ÖNK), Landesrätin Brigitta Pallauf und Michael Umfahrer (ÖNK)



Präsident der Notariatsakademie, Michael Umfahrer: Bewährtes halten, Technik nutzen



Lothar Engstler, UniCredit Bank Austria, Leiter Freie Berufe für Salzburg-Stadt



Franz Fischler, vormals Mitglied der Europäischen Kommission, heute Präsident des Europäischen Forum Alpbach: Raus aus den Silos, für transdisziplinäres Denken über Europa



Präsident der Österreichischen Notariatskammer, Ludwig Bittner: Europas Krise verstehen



Generalsekretär des Justizministeriums, Christian Pilnacek: Justiz auf Reformkurs



Schriftsteller Robert Menasse: Was steckt hinter den Begriffen von Wachstum und Sicherheit?



Networking vor der malerischen Kulisse von Schloss Leopoldskron

Online-Diensten, die in den USA angesiedelt seien: „Europäische Dienste, die grenzüberschreitend im europäischen Binnenmarkt tätig sind, machen nur 4 % aus.“ Das sei ein Nachteil, wie Schwimann als stellvertretende Generaldirektorin in der GD Binnenmarkt anmerkte: „Nur 7 % der Firmen sind europaweit tätig, was sich hemmend für Innovation und Beschäftigung auswirkt.“

DIGITALER BINNENMARKT ALS ZIEL

Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament würden intensiv daran arbeiten, den digitalen Binnenmarkt voranzubringen: „Noch sind wir weit davon entfernt, wo wir sein sollten“, monierte Schwimann. Warum? „Wir haben ein großes Problem, trotz aller Sonntagsreden: selbst kleine Schritte, die es Bürgern und Unternehmen leichter machen würden, über Grenzen hinweg zu agieren, scheitern an nationalen Grenzen und Einwendungen.“

Die nationalen Verwaltungen müssten sich ebenfalls verstärkt auf die Digitalisierung umstellen und ihre Dienstleistungen online anbieten, forderte Schwimann. Ein Beispiel für das e-Government ist das öffentliche Auftragswesen in der EU, das immerhin zwei Billionen Euro umfasst. Die e-Vergabe-Richtlinie sieht vor, dass die Unterlagen zu Ausschreibungen in digitaler Form verfügbar sein müssen und dass ab Oktober des heurigen Jahres auch die Abgabe von Angeboten elektronisch möglich sein muss. Der e-Government-Aktionsplan der Kommission für 2016-2020 sieht grenzüberschreitendes e-Government vor. Dazu gehört die gegenseitige Anerkennung von nationalen Systemen für elektronische Identifizierung, Unterschriften und Zertifikate durch die e-IDAS-Verordnung. Aber die Pläne der Kommission reichen weiter.

EINMAL EINREICHEN MUSS GENÜGEN

Vor einem Jahr präsentierte die Kommission ihren Vorschlag für ein „Einheitliches Digitales Zugangstor“ zur Verwaltung. Für sehr häufig genutzte Verwaltungsverfahren, die in einer



Berater der Europäischen Kommission, Rainer Münz (r.): Europa schrumpft, was tun?



Präsident des CNU, Thomas Kohler: die Zukunft liegt in den elektronischen Urkunden



GD Binnenmarkt, Irmfried Schwimann: zu wenig grenzüberschreitende digitale Geschäfte



Salzburg Congress: Europas Notare tagen in der Stadt der Festspiele und des Handels

Verordnung festgelegt werden, soll zum ersten Mal über eine legislative Maßnahme das „Once-Only“-Prinzip angewandt werden: Bürger und Unternehmen sollen nur einmal von einer Verwaltung um Nachweise gefragt werden, ab dann sollten Behörden die erforderlichen Nachweise untereinander austauschen.

NIEDRIGERE KOSTEN FÜR TRANSAKTIONEN

Die Digitalisierung könnte die Transaktionskosten vermindern, also Geschäftsabwicklungen um bis zu 40% billiger werden lassen, erklärte Maija Laurila, Referatsleiterin Gesellschaftsrecht in der GD Justiz. Firmenregister sollten für jedermann nutzbar sein, der Zugang zu sämtlichen Registern kostenfrei möglich werden.

VORKEHRUNGEN GEGEN CYBER-KRIMINALITÄT

Einen dringenden Appell richtete René J. Steiner aus der Direktion Sicherheit an die europäischen Notare, und zwar wegen der mit der Digitalisierung verbundenen Zunahme von

Cyber-Kriminalität. Die Europäische Kommission finanziere Forschungsprojekte, um herauszufinden, worin neue Deliktsformen bestehen und wie diesen zu begegnen sei. Notare könnten dabei behilflich sein, sagte Steiner: „Wirken Sie an diesen Projekten mit. Kommen Sie zu uns, wir sind an Ihrer Sichtweise interessiert.“ Die Erfahrungen der Notare könnten dann – unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes – in die Politik aufgenommen werden: „Signalisieren Sie uns, wo es Schwachstellen gibt. Wir wollen nicht blindlings in die Blockchain-Technologie einsteigen. Nur weil es ein neues Spielzeug gibt, heißt es nicht, dass es für alle gut und geeignet ist.“

SCHUTZ DER VERBRAUCHER DURCH DIE NOTARE

Auf das Erfordernis der Notare im Verbraucherschutz verwies der Rechtswissenschaftler Christoph U. Schmid. Eine europaweite Untersuchung zu Immobilien-Geschäften zeige, dass die Verbraucher-Beschwerden hauptsächlich die Makler betreffen. Je früher in die Abwick-

lung jedoch Rechtsdienstleister wie Notare einbezogen wurden, desto seltener treten rechtliche Probleme für die Verbraucher auf. Eine bloße Information der Verbraucher wirke jedoch nur eingeschränkt, da die Transaktionen kompliziert und die meisten Verbraucher nur selten damit befasst sind. Daher sollten Rechtsdienstleister frühzeitig eingebunden werden, Notare sollten auch technische Unterstützung entweder anbieten oder vermitteln. Empfehlenswert sei es, die frühzeitige Mitwirkung von Rechtsbeiständen, insbesondere Notaren, gesetzlich festzuschreiben, etwa durch Ausweitung der Notarpflicht (bzw. Beistandspflicht) in der EU. Für grenzüberschreitende Transaktionen könnten Notarkammern Informationsbroschüren zum jeweiligen System auf Englisch sowie in weiteren Sprachen anbieten. Innerhalb der Rechtsbeistände könnten sich Spezialisten entwickeln, z.B. der Fachnotar für deutsch-österreichische Rechtsangelegenheiten. Schmid zusammenfassend: Für den Notar im europäischen Verbraucherschutz stehen noch einige Dimensionen bereit. ■